

«Müssen Lohn selber aushandeln»

FOYER Auch um 8.25 Uhr ist die Mensentraube noch beträchtlich, die sich zuvor vor dem Eingang des Zuger Regierungsgebäudes gebildet hat. Für einmal sind es nicht nur die üblichen Beteiligten und ein paar Besucher, die Einlass zur Kantonsratssitzung verlangen: Vor allem Frauen aus dem linken politischen Lager haben mobilisiert, und rund 50 – ebenfalls vorwiegend weiblichen Geschlechts und älteren Jahrgangs – sind dem Aufruf gefolgt.

Lautstarke Unterstützung

Mangels Platz im Ratssaal wird das Geschäft zur Chancengleichheit im Foyer auf einer Leinwand übertragen. Die meisten Leute sitzen dort auf der Treppe – und folgen so der Debatte. «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für die SVP eine Selbstverständlichkeit», sagt SVP-Kantonsrätin Silvia Künzli im Saal. Im Foyer wird gelacht, und einer der wenigen Männer sagt zu seiner Nachbarin: «Das wär was für unsere Witzsammlung.» Einzelnes Klatschen erklingt, als SP-Kantonsrätin Christina Huber eine Abstimmung mit Namensaufruf verlangt. «Buhh», quittieren die meisten Leute die Retourkutsche von FDP-Fraktionschef Daniel Grunder, der eine geheime Abstimmung will.

«Die Frauen müssen ihren Lohn selber aushandeln, wie die Männer auch», sagt SVP-Mann Felix Häcki. «Das ist nicht Sache des Staates.» Und man wolle ihm doch nicht weismachen, dass eine Fachfrau weniger Lohn als ein Mann erhalte, wenn sie sich für eine Stelle bewerbe, für die es zu wenig Leute gebe. «Doch, doch – das gibts», ruft eine junge Frau laut und aufgebracht. Applaus ertönt um 11.45 Uhr, als der Rat mit 40 zu 37 auf die Vorlage eintritt. Freude herrscht – im Foyer.

CHARLY KEISER
charly.keiser@neue-zz.ch

Streit um eine Kommission

In der rund zweistündigen Debatte gilt es nun also die Frage zu klären, ob der Kantonsrat weiterhin eine Kommission mit der Chancengleichheit beauftragen soll. Für die Alternative – die Grünen gibts nur eine Antwort: Ja, da müsse der Staat weiterhin aktiv sein. Am effektivsten mit einer Fachstelle und einer Kommission. Gleichstellung, so Erwina Winiger (AGF, Cham), sei nach wie vor hochaktuell. Sie begründet dies mit verschiedenen Beispielen aus der Wirtschaft und auch aus der Politik (gleicher Lohn, Teilzeitstellen oder familienergänzender Kinderbetreuung). Christina Huber (SP, Cham) ergänzt, dass der Kanton laut Verfassung auch den Auftrag habe, «Gleichstellung zu fördern».

Für die Mehrheit der FDP-Fraktion hat die Kommission es verpasst, aufzuzeigen, wo es in der Gleichstellung noch Baustellen gebe. Dass deshalb der Vorwurf des fehlenden Leistungsausweises auftauche und Fragen aufkommen würden, «ob es solche Baustellen überhaupt gibt und ob es die Kommission noch braucht», dies liege auf der Hand, meint Regula Töndury (Zug). Silvia Künzli (SVP, Baar) geht einen Schritt weiter, indem sie feststellt: «Ein Gleichheitswahn durch umfassende bürokratische Regelungen dient diesem Ziel ebenso wenig wie ein Kampf der Geschlechter.»

Nicht überraschend ist die CVP-Fraktion in der Diskussion das Zünglein an der Waage. Die Fraktion hat schon an



«Es geht nicht um ideologisches Pathos.»

MARTIN PFISTER,
CVP-FRAKTIONSCHIEF

ihrer Sitzung beschlossen, auf die Vorlage einzutreten und dann auf die regierungsrätliche Lösung einzuschwenken. Und dies tut sie auch. Der klassische Kampf für die Emanzipation der Frauen interessiere nur noch wenige, sagt Fraktionschef Martin Pfister (Baar). Ob diese Feststellung jedoch rechtfertige, den staatlichen Auftrag in der Frage der Chancengleichheit aufzuheben, glauben er und viele seiner Parteikollegen nicht. Vielmehr sei es eine der zentralen Aufgaben des Staates, Ungleichbehandlungen zu beseitigen. «Es geht bei dieser Kommission nicht um ideologisches Pathos», nicht um die Verteilung emanzipatorischer Moralkeulen, «es geht um eine nüchterne Orientierung an realen Fragen der gleichen Chancen von Mann und Frau».

Somit sind die Felder abgesteckt. Doch bevor es zu den Details geht, muss noch geklärt werden, ob man die

Abstimmung über das Eintreten geheim (Antrag Daniel Grunder) oder unter Namensaufruf (SP-Antrag) durchführen soll. Grunder hat eine geheime Abstimmung befürwortet, weil verschiedene Parlamentarier im Vorfeld massiv unter Druck gesetzt worden seien. Der Kantonsrat entscheidet sich für die Abstimmung unter Namensaufruf – mit 40:37 sagt er Ja zum Eintreten und ermöglicht damit auch die Weiterarbeit einer neu zu bestellenden Kommission.

Fachstelle bleibt chancenlos

In der Detailberatung entscheidet sich der Kantonsrat gegen eine Fachstelle und eben für eine Kommission, die für acht Jahre installiert wird. Ihr gehören sieben statt bisher zehn Personen an. Berichterstaten muss sie neu dem Kantonsrat und nicht dem Regierungsrat.

Neue Zuger Zeitung
1.10.2020